



## Presseinformation

Nr. 578/2011

Kiel, Donnerstag, 17. November 2011

Arbeitsmarkt / Lohnuntergrenzen

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Christopher Vogt: Lohnuntergrenzen verhindern Lohndumping – Mindestlohn gefährdet Arbeitsplätze

In seiner Rede zu **TOP 37+45** (Lohnuntergrenzen) sagt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Mit der Einführung verbindlicher Lohnuntergrenzen, die sich an marktwirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren sollen, wollen wir fairen Wettbewerb stärken, Lohndumping verhindern und klarstellen, dass die Lohnfindung durch die Tarifpartner umgesetzt werden soll.“ Die Tarifautonomie sei in Deutschland ein hohes Gut, im Grundgesetz verankert und habe sich auch bewährt. Es gebe jedoch Bereiche, in denen dieser Weg bisher nicht optimal umgesetzt werde, erklärt Vogt.

„Es gibt leider Unternehmen, bei denen das Aufstocken der Löhne durch den Staat zum Geschäftsmodell gehört. Und genau das darf nicht sein. Wir wollen keine staatliche Subventionierung von Lohndumping, wir wollen keine Wettbewerbsverzerrungen durch Ausnutzen von Arbeitnehmern, aber wir wollen eben auch keine Gefährdung von Arbeitsplätzen.“ Im Gegensatz zur Opposition fordere die FDP-Fraktion deshalb Lohnuntergrenzen, die nach Branchen und Regionen differenziert sein können. Alles andere sei wenig sinnvoll, da die unterschiedliche Produktivität in den Branchen und die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den Regionen berücksichtigt werden müssten.

„Staatwirtschaftliche Lösungen mit einer politischen Lohnfindung – wie von SPD, Grünen und Linken gefordert – lehnen wir ab. Wir wollen keinen gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn.“ Je weiter links die Parteien im politischen Spektrum anzusiedeln seien, desto höher falle auch die Mindestlohnforderung aus. Die Linken propagierten 10 Euro, die SPD sei für 8,50 Euro und die Grünen, die sich lange für 7,50 Euro eingesetzt hätten, forderten neuerdings ebenfalls für 8,50 Euro. Die Höhe eines Mindestlohns dürfe aber nicht zum alljährlichen Wahlkampfthema werden. Außerdem sei ein einheitlicher Mindestlohn für ganz Deutschland in München und Stuttgart wirkungslos und könnte in strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze gefährden, kritisiert Vogt abschließend.